

11.07.2012 9:42 Uhr



Ein Angebot von LVZ-Online

Politik > Sachsen erhöht Volumen des Doppelhaushaltes - Mehr als 5 Milliarden Euro für Bildung



LANDESPOLITIK

Sachsen erhöht Volumen des Doppelhaushaltes - Mehr als 5 Milliarden Euro für Bildung

dpa



Foto: dpa

Haushalt Sachsen: Kultusministerin Brunhild Kurth kann mit mehr als 5 Milliarden Euro für den Bereich Bildung rechnen.

Dresden. Sachsen erhöht wie erwartet das Volumen seines Doppelhaushalt 2013/2014. Das am Dienstag nach einer Kabinettsklausur präsentierte Zahlenwerk kommt zum vierten Mal in Folge ohne Neuverschuldung aus. 2013 sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 16,3 Milliarden Euro vorgesehen, 2014 sind es 16,9 Milliarden, teilte die Regierung in Dresden mit. Zum Vergleich: Im aktuellen Doppelhaushalt standen 15,506 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 15,348 Milliarden Euro im Jahr darauf zur Verfügung.

Die CDU/FDP-Regierung setzt mit ihrem Etatentwurf für die letzte Etappe ihrer Amtszeit nach eigenen Angaben Prioritäten bei Bildung, Investitionen in die Infrastruktur und Kommunen. „Wir wollen die Spitzenposition in der Bildung behalten“, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mit Blick auf das Streitthema Nummer 1 in Sachsen. Erstmals wolle der Freistaat nun mehr als 5 Milliarden Euro jährlich für Bildung aufwenden. Allein die Ausgaben für das Bildungspaket gegen den Lehrermangel sollten - gemessen an der ersten Ankündigung Ende 2011 - mehr verdoppelt werden. Für die nächsten beiden Jahren seien je 260 Millionen Euro veranschlagt, wie Finanzminister Georg Unland (CDU) sagte.

Unland zufolge greift Sachsen bei der Erhöhung seiner Ausgaben auch auf angesparte Reserven zurück. Die Haushaltsausgleichsrücklage umfasse derzeit mehr als 850 Millionen Euro, der Topf solle um knapp 300 Millionen angezapft werden. Beide Minister wamten vor zu viel Euphorie, weil etwa die Zuweisungen der EU mit der nächsten Förderperiode signifikant sinken würden. Auch sei nicht klar, ob die mit dem Etatentwurf angenommenen Erwartungen an die Steuereinnahmen tatsächlich zutreffen würden.

Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) betonte, dass Sachsen seine Investitionsquote weiter hoch halten werde. Sie solle im kommenden Jahr bei 17,6 Prozent und 2014 bei 17 Prozent liegen. In blanken Zahlen ausgedrückt wären das jährlich rund 2,9 Milliarden Euro für Investitionen. Gut 90 Prozent davon sollen laut Unland in den Ausbau und den Erhalt der Infrastruktur fließen. In diesem Jahr sind für Investitionen rund 2,6 Milliarden Euro veranschlagt.

Tillich räumte ein, dass der bis 2020 angestrebte Stellenabbau nicht zu halten sei. Es bleibe jedoch bei dem Ziel, die Zahl der Staatsdiener von derzeit rund 85.000 auf 70.000 zu reduzieren. Einen konkreten Zeitpunkt nannte der Regierungschef nicht.

Die Opposition zeigte sich unzufrieden. Die Linken monierten unter anderem, dass die Koalition nicht bereit sei, die im aktuellen Haushalt enthaltenen Kürzungen im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit zurückzunehmen. Harsche Worte fand Fraktionschef André Hahn auch für die Nachbesserungen am Bildungspaket. Diese sprächen zum Einen nicht für eine nachhaltige Politik, nachdem das Paket Ende vergangenen Jahres noch als großer Wurf gefeiert worden sei. Zudem löse der Nachschlag bei den Finanzen das Problem des Lehrermangels nicht zeitnah, weil die Ausbildung von Nachwuchspädagogen erst in fünf oder sechs Jahren ihre Wirkung entfalte.

Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau nannte die Nachbesserungen am Bildungspaket für unverzichtbar: „De facto findet aber weiter ein Stellenabbau bei den Lehrerinnen und Lehrern statt.“ Andere Politikbereiche müssten noch auf die Fehlerkorrektur warten. „Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr bleiben das Stiefkind der Staatsregierung, von Umsteuern keine Spur. Die Zuwendungen an die Kommunen steigen zwar an, sind aber nicht auskömmlich. Die gebotene Verjüngung der Altersstruktur des Personals wird nicht angegangen.“

Die Bildungsgewerkschaft GEW vermisse Aussagen zur Stärkung der frühkindlichen Bildung durch einen besseren Betreuungsschlüssel, zur Verbesserung der Einkommenssituation der Lehrer oder zur besseren Integration behinderter Kinder. GEW-Chefin Sabine Gerold lobte jedoch den Nachschlag für das Bildungspaket. „Damit wird ein Teil der in den letzten Monaten verloren gegangenen Glaubwürdigkeit wieder hergestellt.“

© DNN-Online, 10.07.2012, 21:30 Uhr



